

Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

ZU:

Einzelplan 11 - Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drucksache 7/2565

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2021 (HG 2021)

Seite: 116	Kapitel: 1 1 4 6 6	Titel: 8 9 1 1 0
Zweckbestimmung: Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen für Straßenplanung und Straßenbau		

Stichwort: Straßenplanung und Straßenbau

Ansatz im Entwurf 2021	90.000.000€
Änderung (+/-):	+10.000.000€
Ansatz neu:	100.000.000€

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)
€

Verpflichtungsermächtigungen 2021	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	

€

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
34	11 020	972 20	Globale Minderausgabe	3.000.000€
EP 20, Seite 30	20 020	972 10	Globale Minderausgabe	7.000.000€
insgesamt:				10.000.000€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)**Begründung:**

Der Ausbau der Infrastruktur bietet wirtschaftlichen Entwicklungen Vorschub und soll die Daseinsvorsorge sichern.

Die Landesregierung hat in einer Großen Anfrage im Jahr 2019 rund 39 Prozent der Landesstraßen im Grundnetz und 48 Prozent der Straßen im sogenannten Grünen Netz der Nebenstrecken in einen schlechten oder sehr schlechten Zustand eingestuft. Die Ortsdurchfahrten im Grundnetz wurden mit 62,5 Prozent und im Grünen Netz mit 66 Prozent als schlecht oder sehr schlecht eingestuft und 88 Brücken in Brandenburg sind nicht einmal im Zustand als ausreichend bewertet worden. Daher erachtet die AfD-Fraktion 100 Millionen Euro als Anschubfinanzierung, die verstetigt werden muss.